

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 36/39  
Telefax: 6 66 845 ppbn d  
Telefax: 21 08 64

## Inhalt

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, nennt konkrete Pläne für eine weitreichende deutsch-deutsche Kooperation.

Seite 1

Prof. Dr. Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, warnt davor, zugunsten Osteuropas die Dritte Welt zu vernachlässigen.

Seite 4

Dr. Liesel Hartenstein MdB, stellvertretende Vorsitzende im Umweltausschuß des Deutschen Bundestages, sieht große Chancen in einer deutsch-deutschen Umweltpartnerschaft.

Seite 5

44. Jahrgang / 240

14. Dezember 1989

Die Bürger der DDR brauchen Zuversicht jetzt!

Mit Tatkraft und Phantasie wirtschaftliche Zeichen in der DDR setzen

Von Dr. Henning Voscherau  
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Die allgemeine Diskussion in der Bundesrepublik über Wünschbarkeit, Zweckmäßigkeit und Bedingungen der deutschen Einheit bringt „Streit auf Verdacht“ und hilft niemandem. Wir sollten sie zurückstellen und statt dessen schnell und pragmatisch konkrete Projekte deutsch-deutscher Kooperation beginnen, die das Alltagsgefälle reduzieren und Zuversicht in der DDR auslösen.

Wir Deutsche in der Bundesrepublik, die wir seit 40 Jahren das Glück haben, nicht auf der Schattenseite der deutschen Nachkriegszeit zu leben, zu leiden und zu arbeiten, haben historisch und moralisch die Pflicht zu praktischer Kooperation und Unterstützung ohne politische Ansprüche.

Darauf stehen die Zeichen: Die Kooperation wird gewünscht, ist dringend erforderlich, und es wird mit ihr auch von Seiten der DDR-Reformkräfte gerechnet. Gesellschaftspolitische Vorbedingungen etwa für wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen haben wir Deutsche in der Bundesrepublik nicht zu stellen. Sondern wir müssen die Entscheidung derer achten, die diese stille Revolution bewirken.

Respekt vor den Entscheidungen der Bevölkerung der DDR, die sich in freien Wahlen bekunden werden, wird verlangt und ist geboten. Was aber das Zusammenwachsen dessen betrifft, was zusammen gehört, so wird sich dies nach meiner Überzeugung ganz ohne aufgeregte Diskussionen als Folge ökonomischen Drucks durch das Leben regeln. Der wirtschaftliche Druck wird eine Eigendynamik entwickeln, deren Geschwindigkeit die der europäischen Intergration überholt.

Aber auch ein Zusammenwachsen beider deutscher Staaten steht nicht im Widerspruch zur Aufhebung der nationalen Fragen in Europa durch die europäische Integration. In der bundespolitischen Diskussion darf niemand damit durchgelassen werden, daß er sich hinter Europa versteckt, um seinem Bekenntnis zur Zwei-staatlichkeit ausweichen zu können. Wir Bundesdeutsche sind die Aussage schuldig, ob unsere Arme offen sind, wenn die DDR-Bürger mit freigewähltem Parlament und freier Regierung dies wünschen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichteter Umgang  
mit wertvollen Einheitszei-  
tungs-Papier



Vor dem Hintergrund erneut beunruhigender Übersiedler-Zahlen ist es schicksalhaft auch für die Bundesrepublik, mit konkreten Taten der Kooperation in der DDR sofort zu beginnen, um Zuversicht jetzt auszulösen, damit die Deutschen in der DDR an die Aufgabe der Modernisierung ihrer Heimat gehen, statt vor der erdrückenden Aufgabe davonzulaufen. Nur durch Taten in der DDR schaffen wir Zuversicht. Wer darüber prakelt, eine Paragrafen-Mauer an die Stelle der Mauer aus Beton zu setzen, schafft Übersiedler jetzt!

Wir müssen sehr schnell, viel schneller als viele hier denken, in den Städten und Gemeinden der DDR sichtbaren Fortschritt auslösen, konkrete Maßnahmen der Besserung, die die Menschen sehen und glauben können. Sonst wird der Druck die DDR und uns in der Bundesrepublik überrollen.

Ich möchte auf ein hamburgisches Beispiel aus der unmittelbaren Nachkriegszeit verweisen, das mir Elisabeth Weichmann, die Frau des früheren Bürgermeisters Herbert Weichmann, kurz vor ihrem Tode berichtet hat: Der Senat habe sich damals verbissen um die Verteilung der unschätzbaren allerersten Lieferung von Fensterglas in das zerbombte Hamburg gestritten. Krankenhäuser oder Schulen oder Jugend? Max Brauer, damals Bürgermeister, habe den Streit entschieden: Die Straßenbahn bekommt alles gelieferte Glas. Denn sie fährt durch die gesamte Stadt, und alle Hamburger werden Hoffnung und Zuversicht gewinnen, wenn sie sehen: Es gibt schon wieder Fensterscheiben!

Solcherart müssen die Sofort-Maßnahmen in der DDR beschaffen sein. Ich schlage deshalb heute als erste Schritte drei ganz konkrete Sofort-Maßnahmen vor, die zwischen der Bundesregierung und der DDR konzertiert armöglichst werden sollten:

#### 1. „Deutsch-deutscher Bahn-Bund“

Bundesbahn und Reichsbahn sollten die allererste konkrete Vertragsgemeinschaft, den ersten Schritt zum deutschen Bund eingehen. Die Riesenaufgaben der Modernisierung der Reichsbahn sollten der Bundesbahn übertragen werden. Für die gemeinsame Hauptverwaltung bietet sich Berlin an.

Dieser „deutsch-deutsche Bahn-Bund“ bietet drei Vorteile gleichzeitig:

- Die unerläßliche Wiederherstellung der seit dem Kriege zerschnittenen Ost-West-Achsen in Deutschland und Europa (von Hamburg nach Berlin fährt ein Zug heute ohne Grenzkontrollen länger als 1939).
  - Zugleich ein Symbol für Freizügigkeit und Zusammenwachsen der Deutschen.
  - Der sofortige Beginn der Instandsetzung der Bahnhöfe der Reichsbahn würde in zahllosen Städten und Gemeinden der DDR das konkrete Symbol der Hoffnung und Zuversicht werden. Weniger Deutsche würden dann noch übersiedeln.
2. Die Bildung von zweckgebundenen regionalen gemeinnützigen Stiftungen und Körperschaften in der DDR für Projekte des Denkmal- wie des Umweltschutzes. Und zugleich die steuerliche Anerkennung dieser Stiftungen nach den steuerlichen Vorschriften der Abgabenordnung in der Bundesrepublik.

Die aufgestaute riesige private Hilfsbereitschaft in bundesdeutschen Unternehmen und bei privaten Bürgern würde sich sofort Bahn brechen, wenn dafür in beiden deutschen Staaten die Strukturen geschaffen würden, die die Zweckbindung der Spenden (statt „Faß ohne Boden“) und steuerliche Anreize in der Bundesrepublik sicherstellen würden. Für die Rettung des deutschen und europäischen Kulturerbes, dessen Baudenkmäler in der DDR derzeit unwieder-

bringlich zerbröckeln, wäre dies eine hochdringliche unschätzbare Tat - und ebenso für den Umweltschutz in der DDR, der auf die Beine gestellt werden muß - Projekt für Projekt.

3. Die Freistellung erfahrener bundesdeutscher Praktiker, Techniker, Ingenieure, Wissenschaftler aus allen wirtschaftlichen Sektoren als existentieller Beitrag zur Aufholung des Modernitätsrückstandes der Wirtschaft in der DDR.

Zu diesem Zweck schlage ich ein Vorruhestandsprogramm unter voller Zahlung aller Ruhestandsleistungen für die genannten erfahrenen Kompetenzträger auf ein bis drei Jahre vor - unter der Voraussetzung, daß sie einen Beratungs- oder Anstellungsvertrag mit einer Institution der DDR auf dieselbe Zeit vorlegen und die Vertragserfüllung nach Ende der Laufzeit nachweisen.

Nur mit solchen konkreten Schritten werden wir unserer Verantwortung gegenüber den Deutschen in der DDR gerecht. Nur auf diese Art werden wir sie bewegen, sich in ihrer Heimat einzubringen. Nur auf diese Weise werden wir die Übersiedler-Welle, derer wir bei uns nicht Herr werden können, stoppen. Besser ist es, in Zukunft für die Deutschen in der DDR zu investieren, als in Notprogramme für Übersiedler.

Die Finanzierung der erheblichen Kosten solcher Programme muß über steuerliche Einnahmeverbesserungen der öffentlichen Haushalte sichergestellt werden. Das spricht gegen die Steuersenkung 1990; ich halte statt dessen einen zeitlich befristeten Zuschlag auf Einkommens- und Körperschaftsteuern für verantwortbar, ebenso wie die Anhebung der Umsatzsteuer, die aus Gründen der europäischen Harmonisierung ohnehin erforderlich sein wird. Auch die bisher durch die deutsche Teilung begründeten Regionalförderungen sollten jetzt kein Tabu mehr sein.

Die ungleich verteilten Lasten der deutschen Nachkriegsgeschichte zwischen Deutschen hüben und drüben dürfen und müssen - auch in eigenem Interesse - ausgeglichen werden. Das ist nur gerecht, und wir Sozialdemokraten müssen es sein, die Solidarität einfordern.

Die Deutschen in Ost und West freuen sich über die stille demokratische Revolution in der DDR und die neue Freiheit. Freuen wir uns doch ganz einfach mit Ihnen!

(-/14.12.1989/vo-he/hgs)

\* \* \*

Zehlt der Süden den Ost-Boom?

Nicht die Dritte Welt zugunsten Osteuropas vernachlässigen

Von Prof. Dr. Uwe Holtz MdB

Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.  
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Engstirnig wäre eine Politik, die nicht über die beiden Kirchtürme der nationalen Kathedrale hinaus zu blicken vermag. So richtig es aus bundesdeutscher Sicht ist, Geld, Maschinen und technisches Wissen für die DDR - sowie die anderen Reform-Staaten Zentral- und Osteuropas - zu mobilisieren, so falsch wäre es, deshalb die Dritte Welt zu vernachlässigen und in den Anstrengungen um einen fairen Nord-Süd-Ausgleich nachzulassen.

Wenn der Ost-West-Konflikt endgültig ins Museum wandert, dann kann man sich mit aller Kraft den wirklichen Problemen zuwenden: Der Klima- und Umweltkatastrophe sowie den Verelendungsprozessen in der Dritten Welt. Der Nord-Süd-Konflikt wird zur eigentlichen Herausforderung der internationalen Beziehungen. Nationale Bretter vor dem Kopf sind da nur hinderlich.

Die reichen europäischen Staaten, von der Bundesrepublik angefangen, sind besonders aufgerufen, die Armut-, Verschuldens-, Öko- und Bevölkerungsbomben der Dritten Welt entschärfen zu helfen. Dabei sind Enthusiasmus, Innovationskraft sowie neues Denken und Handeln ebenso gefordert wie gegenüber Osteuropa. Der militärischen Entspannung zwischen Ost und West muß die wirtschaftliche und soziale Entspannung zwischen Nord und Süd folgen.

Während Milliarden für Zentral- und Osteuropa zu sprudeln beginnen, verhalte der jüngste Weltbank-Appell für eine Verdoppelung der Entwicklungshilfe in Afrika bis zum Jahr 2000 fast ungehört.

Die bundesdeutsche Entwicklungshilfe ist seit 1982 real um zehn Prozent gesunken, während das Bruttosozialprodukt um 20 Prozent gestiegen ist. Diese Tendenz nach unten darf sich nicht verlängern. Eine verstärkte Hilfe für die DDR, die notwendig ist, darf nicht auf Kosten und zu Lasten der Dritten Welt gehen. Deshalb war es von der SPD richtig, während der Haushaltsberatungen bei den im Verteidigungsbudget vorgesehenen Kürzungen (insgesamt 3,2 Milliarden DM) rund eine Milliarde DM für die Aufstockung und qualitative Verbesserung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit vorzusehen. Leider fand dieser Antrag keine Parlamentsmehrheit.

Die Bundesrepublik ist potent genug, zur Verbesserung der Lebensbedingungen sowohl östlich der Elbe als auch im Süden der Erdkugel maßgeblich beizutragen. Dabei geht es bei den Entwicklungsländern nicht nur um direkte finanzielle Hilfen.

Es geht auch und vor allem um die Veränderung des ungünstigen weltwirtschaftlichen Umfeldes, unter dem viele Entwicklungsländer zu leiden haben. Dessen Hauptmerkmale sind die Verschlechterung der Austausch- und Handelsbeziehungen, der Abfluß von Kapital aus Entwicklungsländern, der Preisverfall bei vielen Grundstoffen und der zunehmende Protektionismus der Industriestaaten.

Gerade jetzt sollten wir nicht vergessen, daß die Schaffung eines gerechten, solidarischen Nord-Süd-Verhältnisses für die aktive Sicherung des Friedens auf dieser Erde ebenso unerlässlich ist wie die Entspannung zwischen Ost und West. Die beginnende Auflösung des Ost-West-Gegensatzes darf nicht in Euro-Egoismus münden. Die Chancen der Demokratisierung müssen auch für eine weltweite Demokratisierung des Wohlstandes genutzt werden.

(-/14.12.1989/vo-he/hgs)

### Ökologische Perspektiven 1990

---

Deutsch-deutsche Umweltpartnerschaft bietet Chancen für Neuanfang

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB  
Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit der SPD-Bundestagsfraktion

#### Von der Strategie zur Hektik

---

Nach der Phase absoluter Untätigkeit in der ersten Hälfte der Legislaturperiode versuchen Regierung und Koalition nun kurz vor Torschluß umweltpolitische Handlungsfähigkeit zu beweisen, indem sie im Schnellverfahren ein halbes Dutzend Gesetze durchpeitschen.

- Das Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung,
- die Novelle zum Chemikaliengesetz,
- die Novellierung des Bundesimmissionsschutzgesetzes,
- die Novellierung des Abwasserabgabengesetzes (letztere noch in der Beratung);
- ob das neue Bundesnaturschutzgesetz noch ins Parlament kommt, ist derzeit nicht abschbar. Eine Neufassung hätte nur dann einen Sinn, wenn sichergestellt ist, daß
  - a) die Landwirtschaftsklausel nicht mehr von Agrarfabriken und Massentierhaltungen als Freibrief für umweltschädliche Produktion in Anspruch genommen werden kann und
  - b) eine Flächenabgabe als wirksames Instrument zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs ins Gesetz aufgenommen wird.

#### Keine Kraft zur Neukonzeption

---

Überall da, wo konzeptionelle Neuansätze erforderlich wären, herrscht Fehlanzeige. Dafür einige Beispiele:

1. Die Reform des Umwelthaftungsrechts ruht in der Schublade. Ein entsprechender Antrag der SPD-Fraktion liegt seit langem vor; er sieht eine generelle Gefährdungshaftung auch für Luft und Boden vor und verlangt, daß die Beweislast nicht mehr beim Geschädigten, sondern beim Verursacher liegen muß; außerdem ist ein Schadensersatzfonds einzurichten.
2. Bundesumweltminister Töpfer kündigt seit geraumer Zeit die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Abgabe an. Sie soll den klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduzieren und damit dem Treibhauseffekt entgegenwirken. Bis heute gibt es aber weder einen Gesetzentwurf noch ein Programm für eine umweltfreundliche Energieerzeugung noch ein Programm zur Förderung von Energieeinspar-techniken.

Dabei besteht akuter Handlungsbedarf: das Bund-Länder-Milliardenprogramm für den Wohnungsbau fordert konkrete Maßnahmen geradezu heraus. Bei der Raumheizung, die ein Drittel des gesamten Energieverbrauchs in Anspruch nimmt, liegen Einsparpotentiale zwischen 50 und 80 Prozent, wie schwedische Niedrigenergiehäuser zeigen. Zukünftiges Bauen muß energiesparendes Bauen sein, dadurch wird gleichzeitig ein Beitrag zum Klimaschutz und zur Senkung der Energiekosten geleistet.

3. Die Kraftfahrzeugsteuer soll künftig nicht mehr nach dem Hubraum, sondern nach dem Schadstoffausstoß bemessen werden. Auch dieser Plan gehört in die Reihe unerfüllter Absichtserklärungen; ebenso die überfällige Senkung der Emissionsgrenzwerte bei LKW's und Bussen. Mit fast 500.000 Tonnen NO<sub>x</sub> und 80.000 Tonnen Rußpartikeln belasten die Nutzfahrzeuge die Atemluft in bedrohlichem Ausmaß, das sich noch erhöhen wird, wenn sich nach Einführung des EG-Binnenmarktes die Invasion der Lastzüge noch einmal verdoppelt.

**Fazit:**

- Die Erweiterung und teilweise Verschärfung des Ordnungsrechts allein reicht nicht aus, um die zunehmenden Umweltprobleme zu bewältigen,
- marktwirtschaftliche Instrumente werden nicht genutzt,
- eine umfassende ökologische Umorientierung, die die Umweltkosten in die Produktion miteinbeziehen würde, findet nicht statt,
- Töpfer bleibt in den entscheidenden Punkten ein Ankündigungsminister.

Es gibt keinen Ersatz für den überfälligen Sprung von der bloßen Umweltreparatur zu einer konsequenten Umweltvorsorgepolitik. Die SPD wagt diesen Sprung mit der klaren Anwendung des Verursacherprinzips und der Einbeziehung externer Kosten in den Produktionsprozeß (Konzept F 90).

**Im Osten entschweifen - die Herausforderungen der Stunde**

Daß der Zustand von Natur und Umwelt in Polen, der DDR und der CSSR noch bedenklicher ist als bei uns in der Bundesrepublik, bestreitet niemand. Allein aus den Braunkohlekraftwerken der DDR werden pro Jahr sechs Millionen Tonnen Schwefeldioxyd ausgestoßen (zum Vergleich: infolge der Großfeuerungsanlagen-Verordnung wurden die SO<sub>2</sub>-Emissionen in der Bundesrepublik bis Ende 1988 auf knapp zwei Millionen Tonnen reduziert). Die Braunkohleverschwefelungsanlage Espenhain bei Leipzig schleudert pro Tag rund 20 Tonnen SO<sub>2</sub>, vier Tonnen giftiger Schwefelwasserstoffe und 80 Tonnen Ruß in die Luft. Absterben der Vegetation, Versauerung der Böden und schwere Gesundheitsschäden sind die Folgen.

Wenn die Bundesrepublik mit den sechs im Juli 1989 von Bundesumweltminister Töpfer vereinbarten Projekten und einem Dutzend weiterer geplanter Maßnahmen zur Verringerung der Umweltschäden beiträgt, so sind das richtige und notwendige Schritte - umso mehr, als dadurch ein zweifacher Entlastungseffekt entsteht: einmal für die DDR, zum andern auch für Berlin und die Bundesrepublik. Geht man jedoch davon aus, daß die volkswirtschaftlichen Verluste durch Umweltverschmutzung in der DDR 28 bis 30 Milliarden DM jährlich betragen, so sind die 300 Millionen (plus 360 Millionen für geplante, aber noch nicht etatmäßig abgesicherte Projekte) im Bundeshaushalt 1990 für Umweltschutzinvestitionen in der DDR nur ein Minimalschritt. Was nützt, ist ein Doppelkonzept. Darin sollte

1. ein ökologisches Sofortprogramm zur Sanierung bereits eingetretener Schäden entwickelt werden und
2. ein ökologisches Modernisierungsprogramm, das den Faktor Umwelt in die Produktion miteinbezieht.

**Deutsch-Deutsche Umweltpartnerschaft bietet Chance für ökologischen Umbau**

In der Bundesrepublik wie in der DDR stellt sich die gleiche Aufgabe, wenn auch von unterschiedlichen Ausgangspositionen her, nämlich Herstellungsverfahren und Produkte zu entwickeln und durchzusetzen, die die

- weniger Rohstoffe verbrauchen,
- weniger Energie verschwenden,
- weniger Abfälle erzeugen,
- weniger Umweltbelastung hervorrufen.

Die deutsch-deutsche Zusammenarbeit in Wirtschaft und Umweltschutz bietet eine hervorragende Chance für den ökologischen Umbau. Dafür ist ein breit angelegtes Gesamtkonzept erforderlich. Bundesrepublik und DDR könnten auf folgenden Feldern gemeinsam in die Offensive gehen:

1. Energieeinsparung / Luftreinhaltung
2. Aufbau einer umweltverträglichen Abfallwirtschaft
3. Konzept für ein ökologisch angepasstes Verkehrssystem.

Weitere Handlungsmöglichkeiten wären die Einleitung einer neuen Chemiepolitik und einer umweltgerechten Landwirtschaft.

#### Zu 1. Energieeinsparung / Luftreinhaltung

---

In der DDR ist der Energieverbrauch für die gleiche Produktionsleistung fast doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik; die Luftverschmutzung liegt pro Kopf dreieinhalb mal höher. Im Hinblick auf die beträchtliche Zahl technisch veralteter Anlagen gibt es in einer Reihe von Fällen wohl nur den Weg der Stilllegung. Kraftwerke, die weiterbetrieben werden, sollten schnellstmöglich mit Rauchgasentschwefelungs- und Entstickungsanlagen ausgerüstet werden (Kostenpunkt: sechs Milliarden DM). Besonders wichtig ist die Erhöhung der Effizienz, das heißt eine bessere Ausnutzung der eingesetzten Brennstoffe. Der Wirkungsgrad liegt zur Zeit bei DDR-Kraftwerken bei 24 Prozent, bei bundesdeutschen Kraftwerken bei 38 Prozent. Mit der höheren Effizienz vermindert sich auch der klimaschädliche CO<sub>2</sub>-Ausstoß.

Der stärkere Einsatz der Kraftwärmekopplung, eine systematische Abwärmenutzung und der Umstieg auf regenerative Energiequellen, einschließlich der Solarenergie, sind Ziele, die in beiden Volkswirtschaften angestrebt werden müssen. Die Sanierung des großen Altbaubestandes und der Neubau von Wohnungen und Betriebsgebäuden in der DDR eröffnet zusätzliche Möglichkeiten, durch Wärmeschutz und moderne Heiztechnik Energie einzusparen.

#### Zu 2. Abfallwirtschaft

---

Der Aufbau einer modernen, auf Müllvermeidung und Wiederverwertung ausgerichteten Abfallwirtschaft ist auch in der Bundesrepublik eine ungelöste Aufgabe. Der Abfallexport in der DDR be-

trug 1988 rund zwei Millionen Tonnen, darunter 700.000 Tonnen Sondermüll. Erste Forderung muß sein: Einstellung der Giftmüllexporte und Entsorgung auf eigenem Gebiet.

Darüber hinaus könnte ein gemeinsam erarbeitetes Vermeidungs- und Recyclingkonzept realisiert werden, ferner müßte die Förderung abfallarmer Technologien verstärkt und die Deponierung von Haus- und Gewerbemüll, insbesondere aber von Sondermüll, spürbar verteuert werden: Abgaben auf Sondermüll und Einwegverpackungen sind Instrumente zur Abfallreduzierung.

### Zu 3. Ökologisch angepaßtes Verkehrssystem

---

Die Bundesrepublik hat ein zwar hochentwickeltes, aber ökologisch nicht angepaßtes Verkehrssystem, das zudem volkswirtschaftlich horrend teuer ist, weil die Verkehrsträger in einem ruinösen Wettbewerb zueinander stehen (insbesondere Straßengüterverkehr, Schiene und Binnenschifffahrt). Der Ausbau der Verkehrskommunikation mit der DDR birgt die Chance, von vornherein zum Beispiel mehr Güter auf die Schiene zu verlagern, alle wichtigen Städte der DDR in das Intercity-Netz einzubeziehen und die heute noch geschlossenen Schienenübergänge an der Grenze und in Westberlin rasch wieder zu reaktivieren. Dafür ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Deutscher Bundesbahn und Reichsbahn nötig. Die Hauptmasse der für die Verbesserung der Verkehrsstruktur erforderlichen Gelder sollten vorrangig in die Modernisierung des Schienennetzes fließen. Das Straßennetz ist zwar zweifellos modernisierungsbedürftig, es sollte aber nicht überdimensioniert werden, nach dem nicht nachahmenswerten Beispiel der Bundesrepublik. Ein ausgewogenes, umweltverträgliches deutsch-deutsches Verkehrskonzept könnte Modellfunktion erlangen für ein gesamt-europäisches Verkehrskonzept. Die ökologischen Aufgaben der nächsten Zukunft sind gewaltig. Eine deutsch-deutsche Umweltpartnerschaft bietet aber auch enorme Chancen für einen Neuanfang.

Zwei Dinge dürfen allerdings nicht geschehen:

- die notwendigen Umweltinvestitionen in der DDR dürfen nicht als Vorwand dienen, über eigene bundesdeutsche Defizite hinwegzutäuschen;
- sie dürfen nicht zu Lasten der Hilfe für die Dritte Welt gehen und nicht von den drängenden globalen Gefahren wie Ozonabbau, Klimaerwärmung und Zerstörung der tropischen Wälder ablenken.

1990 müssen die ökologischen Weichen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene neu - und richtig ! - gestellt werden.

(-/14.12.1989/hgs/vo-he/fr)